

ARMUT IST EINE SCHANDE FÜR EIN REICHES LAND

Wir fordern:

- Jährliche automatische Inflationsanpassung der Leistungen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG)
- Erhöhung der Nettoersatzrate (§ 21 Abs 3 AIVG) auf 70%
- Lohnuntergrenze im Rahmen der Zumutbarkeitsbestimmungen des AIVG
- Keine Einschränkung der geringfügigen Zuverdienstmöglichkeit
- Geldleistungen nicht durch Bezahlkarte ersetzen
- Energiepreisbremse
- Beibehaltung des Klimabonus (zumindest für Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle)
- Mietpreisbremse auch bei privaten Mietverträgen
- eine sozial verantwortliche Budget- und Steuerpolitik, die nicht zu Lasten armutsgefährdeter Menschen geht und einen angemessenen finanziellen Beitrag der Superreichen zur Budgetsanierung

Der Tag der Arbeitslosen wird unterstützt von:

INTERACT

%attac
Graz

RADIO
HELSINKI
Freies Radio Graz
92.6
MHz

KPO

DIE GRÜNEN
GRAZ.GRÜNE.AT

SPÖ GRAZ
GEMEINDERATSKLUB

GLB

DIE GRÜNEN
STEIERMARK
LANDTAGSKLUB

AUGE UG
Alternative, Grüne und Unabhängige
Gewerkschafter*innen Steiermark

FAIR
sorgen!
Wirtschaften
fürs Leben

arbeit+
SOZIALE UNTERNEHMEN
STEIERMARK

Für den Inhalt verantwortlich:
Verein Amsel

Textdesign D.H. Kaltenbeck



Impressum:

Verein AMSEL
[ZVR 997 924 295]

Selbstvertretung von und
für Arbeitslose

Tel. 0699/81 537 867
www.amsel-org.info

Tag der Arbeitslosen 2025

Am Mittwoch, den 30.4.2025, treffen wir uns von 11 – 13 Uhr vor dem Landhaus in der Herrengasse 16 in Graz, um auf **unsere Anliegen** aufmerksam zu machen:

Gerade in schwierigen Zeiten:
Soziale Grundrechte stärken!

Existenzsicherung ausbauen –
statt Armut verschärfen!

Leistungen aus dem AIVG¹ verbessern

- Jährliche automatische Inflationsanpassung
- Erhöhung der Nettoersatzrate auf 70%

¹ Arbeitslosenversicherungsgesetz

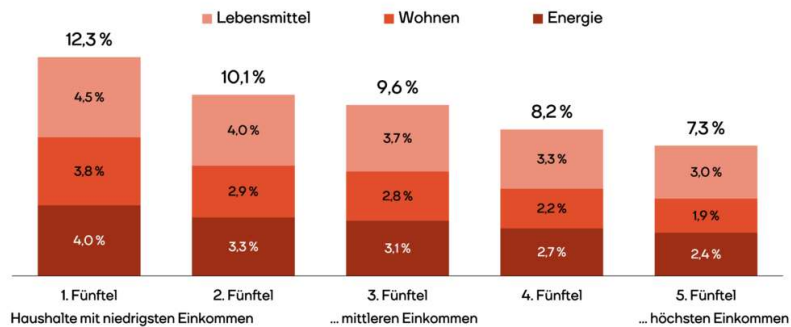
Inflation betrifft uns Alle!

In so gut wie allen Bereichen des Lebens gibt es seit Beginn der Teuerungskrise im Winter 2021 massive Preissteigerungen. Lebensmittel kosten heute etwa 30% mehr als 2021. Viele Menschen können sich das tägliche Leben nicht mehr leisten.

Soviel Prozent ihres Einkommens geben Haushalte für Lebensmittel aus:

Die Teuerung trifft Ärmere bei Grundbedürfnissen stärker

Preisanstieg der Kategorien Lebensmittel, Wohnen, und Energie in den letzten vier Jahren



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria; eigene Berechnung

Anmerkung: Einkommensfünftel des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens. Berechnung der Konsumgewichte mittels demokratischer Methode. Preisanstiege von September 2020 bis September 2024. Werte für September 2024 sind vorläufig.

IIOMENTUM
/NSTITUT

Die Sozialleistungen wurden zumindest an den Verbraucherpreisindex angepasst. Nur beim Bezug von Leistungen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG) gab es keine Erhöhung!

Wir fordern effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und die **jährliche automatische Inflationsanpassung der Leistungen aus dem AIVG.**

Ebenso wenden wir uns gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Asylwerber:innen, da die Gefahr besteht, dass dieses System künftig auch auf Bezieher:innen von Sozialunterstützung ausgedehnt wird.

Neue Massensteuern bringen neue Armut

Die Abschaffung des als Kompensation für die CO2-Steuer eingeführten Klimabonus kommt einer Steuererhöhung gleich. Damit wird die Einkommenssituation der armutsgefährdeten Haushalte weiter verschlechtert.

Statt neuer Massensteuern fordern wir einen angemessenen Beitrag der Superreichen zur Budgetsanierung.

Zuverdienst: Neuregelung verschärft Armutsgefährdung

Bisher konnten arbeitslose Menschen bis zur Geringfügigkeitsgrenze (aktuell € 551,10) dazuverdienen. Nun hat sich die Regierung darauf geeinigt, diese Möglichkeit abzuschaffen, ausgenommen vom Verbot des Zuverdiensts sind nur Langzeitarbeitslose. Mit der Zuverdienstmöglichkeit verlieren viele Betroffene die Möglichkeit ihren Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten. Die Neuregelung verschärft jedenfalls die Armutsgefährdung, der angestrebte arbeitsmarktpolitische Effekt ist dabei zumindest zweifelhaft.

Zahlen und Fakten

Die Summe der Einkommen im obersten Fünftel ist fast so hoch ist wie die Gesamtsumme der Einkommen der anderen vier Fünftel.

48 Prozent der Einkommen wandern in die Taschen der bestverdienenden 20 Prozent. Für die am wenigsten verdienenden 20 Prozent bleiben dagegen nur zwei Prozent.¹

84 Prozent der Mieteinnahmen gehen an das reichste Einkommensfünftel.²

5 Familien besitzen mehr als das ärmste Fünftel (<https://kontrast.at/reichste-5-oesterreicher/>).

Soziale Grundrechte

Die Grund- und Menschenrechte sind prägende Elemente eines jeden Rechtsstaats.

Wenn von den Menschenrechten die Rede ist, geht es meistens um die politischen Bürgerrechte. Weniger bekannt ist, dass es auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gibt. In vielen Staaten sind sie auch in den jeweiligen Verfassungen verankert. Österreich ist das einzige EU-Land, wo das nicht der Fall ist. Unser Verfassungsrecht enthält weder soziale Grundrechte, noch eine Sozialstaatsklausel oder einen speziellen Grundrechtsschutz sozial-rechtlicher Leistungen.

(Vorwort der Volksanwälte Schwarz, Achitz und Rosenkranz zum **Sonderbericht NGO-Forum 2022: Soziale Grundrechte**)

„Wir haben allerdings im unteren Bereich einige soziale Gruppen, die besonders stark verloren haben, da möchte ich die Arbeitslosen herausgreifen. Die Arbeitslosengelder werden am letzten Einkommen bemessen, das vielleicht schon 1 – 2 Jahre zurückliegt und bei 10 – 15 Prozent Inflation werden Einkommen von vor der Inflationsrate zugrunde gelegt. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sind dadurch massiv entwertet worden. Das ist die am stärksten armutsgefährdete Gruppe, [...]“ (Markus Marterbauer, Ökonom, <https://mietervereinigung.at/News/841/60294/Interview-mit-Markus-Marterbauer-Wir-haben-ein-riesiges-Verteilungsproblem>, 2024, abgerufen: 18.04.2025)

1) <https://www.gpa.at/themen/steuern-und-wirtschaft/faktencheck-Verteilung>

2) <https://www.derstandard.at/story/2000146476318/80-prozent-der-mieteinnahmen-fließen-an-das-reichste-zehntel-in>